

Finale Krise oder Integrationsschub?

Zur Lage der EU in der Corona-Krise

Peter Wahl

1. Die EU ist von der Corona-Krise besonders hart betroffen. Die Zahl der Todesopfer lag per 11. Juni 2020 mit 128.976 weltweit am höchsten - vor den USA (112.294). Das waren zu diesem Zeitpunkt 31% der weltweit registrierten Corona-Toten¹ - bei einem Anteil der EU an der Weltbevölkerung von 5,7%.

2. Corona trifft die EU zu einem Zeitpunkt, da sie ohnehin durch mehrere Krisen geschwächt ist: der Austritt Großbritanniens, die ungelösten Probleme des Euro, die nur durch die unorthodoxen Praktiken der EZB kaschiert werden, die Konflikte um den Umgang mit Flucht und Migration, und die Auseinandersetzung mit östlichen Mitgliedsländern über Fragen von Rechtsstaatlichkeit. Hinzu kommen die Herausforderungen der Klima- und Umweltkrise und jüngst die Auseinandersetzung zwischen Bundesverfassungsgericht und Europäischem Gerichtshof um die Kompetenzverteilung zwischen Mitgliedstaaten und EU.

3. Der internationale Kontext ist gekennzeichnet durch enorme Turbulenzen, darunter die zunehmenden Konflikte zwischen der EU und den USA und die Konfrontation zwischen USA und China, die zunehmend Formen eines *Kalten Kriegs* annehmen. Eine Positionierung der EU wird neue interne Widersprüche erzeugen. Zudem halten die Spannungen mit dem europäischen Nachbarn Russland unvermindert an.

4. Gleichzeitig finden tiefgreifende Umbrüche in der Produktivkraftentwicklung statt - Stichwort *digitaler Kapitalismus* – bei denen die EU gegenüber USA und China deutlich im Rückstand ist.

5. Auf all das kommt jetzt Corona noch oben drauf. Die Krise wird die bereits bestehenden Bruchlinien weiter vertiefen. So sind die nach Deutschland drei größten Volkswirtschaften - Frankreich, Italien, Spanien - nicht nur in Hinblick auf die Todesopfer viel härter betroffen. Auch das Ausmaß der sozialen und ökonomischen Schäden ist für sie größer. Selbst die notorisch optimistischen Prognosen der EU sagen für Frankreich eine Schrumpfung des BIP um 8,7% voraus, für Italien um 9,5% und für Spanien um 9,7%, während Deutschland mit 6,5% davonkommt.² Ähnlich sieht das Bild bei Arbeitslosigkeit, öffentlichen Schulden und anderen sozialen und makro-ökonomischen Indikatoren aus.

6. Diese Kluft wird jetzt noch zusätzlich durch das Krisenmanagement verbreitert, für das den einzelnen Ländern unterschiedlich viele Ressourcen zur Verfügung stehen. Die deutschen Rettungspakete – Kredite, Garantien, Zuschüsse incl. „Wumms-Programm“ - summieren sich auf 1,15 Billionen Euro, also ein Drittel des deutschen BIP. Dagegen mobilisiert Frankreich bisher nur 324 Milliarden Euro = 13,4% seines BIP, Italien 17% und Spanien gar nur 2,2%.³ Gleichzeitig führt die staatliche Finanzierung der Rettungsmaßnahmen in 2020 zu einem Anstieg der öffentlichen Verschuldung Italiens um 22% (auf 156% des BIP), für Spanien um 20% (auf 114%) und für Frankreich um 15% (auf 114%). Für Deutschland wird dagegen nur ein Zuwachs um 10% (auf 70% des BIP) vorausgesagt.⁴

7. Die Vertiefung all dieser Asymmetrien wird die ökonomische Stellung Deutschlands und damit seine Position in der informellen Machthierarchie der EU stärken.

8. Den intelligenteren Sektoren des herrschenden Blocks ist angesichts dieser Gesamtsituation klar geworden, dass der Corona-Schock zu Verwerfungen im Binnenmarkt führen würde, die auch für das deutsche Kapital nicht hinnehmbar wären. Schließlich geht gut die Hälfte der deutschen Exporte in die EU. Wie schon bei der Bankenrettung zeigt sich hier die Entschlossenheit des Staates, den Kapitalismus bei außergewöhnlichen Bedrohungen auch mit außergewöhnlichen Methoden zu retten.

9. Nach Vorbereitung durch eine deutsch-französische Erklärung hat die EU-Kommission deshalb ein großes Rettungspaket über 750 Mrd. Euro vorgeschlagen, von dem 500 Mrd. als Zuschüsse und Garantien vorwiegend an die hauptbetroffenen Mitgliedsländer gehen sollen. Die 500 Milliarden sind als Teil des laufenden EU-Haushaltes konzipiert. Finanziert werden sollen sie über Kreditaufnahme der Kommission auf den Finanzmärkten. Die Tilgung soll aus den laufenden Haushalten ab 2028 erfolgen und bis 2058, also in 38 Jahren abgeschlossen sein. Die Mittel sind zweckgebunden. Neben der direkten Hilfe für besonders geschädigte Sektoren sollen sie in die ökologische Modernisierung des Kapitalismus sowie in seine Digitalisierung fließen.

¹Berechnet nach Johns Hopkins Corona Virus Resource Center. 11.6.2020, 12:00 MESZ.

²European Economic Forecast. Spring 2020. Institutional Paper 125 | MAY 2020. S. 16

³Le Monde; 29.5.2020. S. 3 “

⁴European Economic Forecast. Spring 2020. Institutional Paper 125 | MAY 2020. S. 188

10. Auch der sog. *Verteidigungsfonds* soll bedacht werden, wie sich überhaupt durch das gesamte Paket die Sehnsucht nach Großmachtstatus zieht. Außenbeauftragter Borrell und der für Binnenmarkt und Rüstung zuständige Kommissar Breton formulieren offen einen imperialistischen Anspruch: „*Die Ära eines versöhnlichen wenn nicht gar naiven Europas ist vorbei. ... Es ist an der Zeit, dass Europa seinen Einfluss, die Durchsetzung seiner Weltsicht, und die Verteidigung seiner eigenen Interessen geltend macht.*“⁵

11. Durch die Kreditfinanzierung des Pakets per EU-Haushalt gibt es keine Umverteilung (Stichwort *Transferunion*) unter den Mitgliedsstaaten. Durch die Eingliederung in den Haushalt entsteht auch keine gesamtschuldnerische Haftung. Falls die Kommission zahlungsunfähig würde, haften die Mitgliedsstaaten nur in Höhe ihres Anteils am Gesamthaushalt. Das ist ein qualitativer Unterschied zu Corona-Bonds.

12. Die „korrekte“ Verwendung soll zudem durch das sog. *Europäische Semester* kontrolliert werden, ein austeritätspolitisches Kontrollinstrument, mit dem die Kommission Einfluss auf die Budgethoheit der Mitgliedsstaaten nimmt.

13. Außerdem wünscht die Kommission wieder einmal neue eigene Einnahmequellen, dieses Mal mit der Kreditaufnahme begründet. Das dürfte, wie schon in der Vergangenheit, eher aussichtslos sein, da es ein qualitativer Eingriff in die Machtbalance zwischen supranationaler Ebene und Mitgliedsstaaten wäre.

14. Von den Zuschüssen soll Italien 81,8 Mrd. Euro erhalten und Spanien 77,3 Milliarden.⁶ Das ist auf den ersten Blick sehr viel Geld und zweifellos auch besser als nichts. Aber allein der prognostizierte Anstieg der öffentlichen Schulden beträgt für Italien schon 353 Mrd. Euro und für Spanien 240 Milliarden. Der Zuschuss wird das Auseinanderdriften also nicht verhindern, sondern nur nicht noch drastischer ausfallen lassen. Dem offiziellen Brüsseler Think Tank BRUEGL ist zuzustimmen, dass „*die angekündigten Maßnahmen unter dem bleiben, was die katastrophale Lage erfordern würde.*“⁷

15. Offen abgelehnt wird der Vorschlag von Dänemark, den Niederlanden, Österreich und Schweden. Bemerkenswert ist, dass in Dänemark und Schweden Sozialdemokraten die Regierung anführen. Vermutlich gibt es auch östliche Mitgliedsländer, die dem Plan skeptisch gegenüber stehen, weil sie um ihren Anteil am Subventionskuchen fürchten. Da der Vorschlag die Zustimmung der Parlamente der Mitgliedsländer bedarf, dürfte es wohl zu Modifikationen kommen.

16. Das Programm wurde von der links-liberalen Öffentlichkeit und Teilen der Linken als „*Quantensprung*“ (DGB) und als Schritt zu „*Mehr Europa!*“ interpretiert. Insbesondere der Finanzierungsmodus über die Finanzmärkte und die Zuschüsse seien eine neue Qualität. Tatsächlich gibt es die Kreditaufnahme durch die Kommission aber auch schon früher,⁸ und Zuschüsse sind ohnehin Hauptattraktion des Integrationsprozesses. Bereits der Begriff „*Nettoempfänger*“ verweist darauf, dass einige Länder durch Umverteilung mehr Geld aus dem Budget erhalten als sie per Mitgliedsbeitrag einzahlen. Allein für die gemeinsame Agrarpolitik wurden in der letzten Haushaltsperiode 408 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt, und für die verschiedenen Töpfe der Struktur- und Kohäsionsförderung weitere 454 Milliarden.

17. Das Recovery-Programm ist also nicht Ausdruck einer neuen Integrationsdynamik, sondern ein Notnagel, um das Schlimmste zu verhüten. Unterm Strich wird die EU durch die Corona-Krise weiter geschwächt, die ökonomischen Asymmetrien vertiefen sich, die strukturellen Widersprüche bleiben ungelöst und die politische Erosion geht weiter.

18. Dass die Krise einen Integrationsschub bringen würde, wie die links-liberalen EU-Anhänger und jener Teil der Linken hoffen, die den herrschenden Typus von Integration für die Verwirklichung von Internationalismus halten, dürfte Illusion bleiben. Das Krisenmanagement überall in der Welt hat einmal mehr gezeigt, dass der Nationalstaat nach wie vor der Akteur mit der entscheidenden Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit ist. Auch in der EU gilt, dass die Mitgliedsstaaten immer noch über die politischen, juristischen und finanziellen Instrumente sowie die notwendige Softpower verfügen, um der Krise entgegenzutreten – wenn auch oft mehr schlecht als recht. Diese Lehre aus der Krise ist keine Bewertung, keine normative Aussage, über das was wünschenswert wäre, sondern nur die Beschreibung der Realität. Der Nationalstaat – nicht zu verwechseln mit der Überlegenheitsideologie des Nationalismus – bleibt daher auch für emanzipatorische Politik die primäre Arena der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung. Emanzipatorischer Internationalismus freilich gehört dazu. Allerdings ist dessen Leitbild **nicht** „*Proletarier und Bourgeois der Eurozone vereint Euch!*“, sondern die Solidarität zwischen den Unteren aller Länder über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg.

11.Juni 2020

⁵ Josep Borrell/Thierry Breton; Gastkommentar in: Die Welt, 11.6.2020; S. 2

⁶ FAZ, 29.05.2020, S. 19

⁷ <https://www.bruegel.org/2020/05/new-eu-budget-proposal-the-uncompromised-compromise/>

⁸ Ausführlicher dazu: Sablowski, Thomas. Eine historische Wende in der Europapolitik? Die EU-Programme in der Corona-Krise. In: Luxemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. Juni 2020. <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/die-eu-programme-in-der-corona-krise/>